

# Saale-Zeitung.

Strombergzweiter Jahrgang.

**Bezugspreis**  
für Halle vierteljährlich bei postamtlicher  
Zustellung 2,50 M., durch die Post  
2,75 M., ausl. Zustellungsgebühr.  
Bestellungen werden von allen Reichs-  
postämtern angenommen.  
Im entliehen Betriags-Berichtsblatt  
unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.  
Für unteramt eingehende Korrespondenz  
wird keine Gewähr übernommen.  
Korrespondenz nur mit Quittungsbogen:  
„Saale-Ztg.“ gefälligst.  
Hauptredaktion der Redaktion Nr. 118;  
der Abonnementabteilung Nr. 1133.

werden die Spaltenpreise aber beim  
Kauf mit 20 Pfg., oder auch Kasse mit  
20 Pfg. berechnet und in der Geschäfts-  
stelle, Or. Ulrichstraße 63, I (sonst von  
unseren Annahmestellen und allen  
Annoncen-Expeditoren angenommen).  
Bestellen die Zeile 16 Pfg. für Halle  
und umwärts 1 Mtz.  
Erscheinet täglich zweimal,  
Sonntags und Montags einm.  
Redaktion und Druck- u. Geschäfts-  
stelle: Halle, Or. Bauhausstraße 17;  
Rebengassestraße: Or. Ulrich-  
straße 63, I, Telefon Nr. 391 u. 176.

Nr. 118.

Halle a. S., Freitag, den 11. März.

1910.

## Der Fall Mannesmann.

I. C. aus parlamentarischen Kreisen wird uns geschrieben:

Die Mannesmann-Affäre droht die Verhandlungen über das Auswärtige Amt vollständig in Beschlag zu nehmen, was bei der großen Bedeutung der anderen Fragen dieses Ressorts nicht erwünscht ist, um so weniger, als es sich dabei um höchst komplizierte und frivole Rechtsfragen handelt, für die der Reichstag nicht das geeignete Forum ist.

Man wird ohne weiteres zugeben können, daß die Haltung unserer Vertreter in Marokko eine recht wechselvolle gewesen ist. Das beruht letzten Endes aber doch in den Schwankungen, die unsere Marokkopolitik überhaupt durchgemacht hat. Jedenfalls ist heute die deutsche Regierung an das Algeiras-Abkommen gebunden; und auch der Einwand, daß Spanier und Franzosen ohne Rücksicht auf dieses Abkommen ihre Truppen in Gegenden Marokkos einmarschieren ließen, wo sie dies nicht dürfen, gibt uns lediglich das Recht, die Zurückziehung dieser Truppen aus solchen Gegenden zu verlangen, wenn wir das als im deutschen Interesse für richtig halten, aber es ermächtigt uns nicht, in Fragen der Bergwerkskonzessionen nun einen Standpunkt einzunehmen, der von dem abweicht, was mühsam in Algeiras erreicht worden ist.

Selbstverständlich ist es Pflicht der deutschen Regierung, die Interessen jedes Deutschen im Zustande zu wahren. Aber diese Wahrung wird am besten dann erfüllt, wenn bei frivolen Angelegenheiten ein unparteiisches Schiedsgericht die Entscheidung trifft. Wenn als solches der Oberste Schweizer Gerichtshof in Lausanne fungiert, so wird man gerade vom liberalen Standpunkt aus eine derartige Lösung der verwickelten Materie als das Erwünschteste bezeichnen können. Der Einwand, daß es sich hierbei um einen romanischen Gerichtshof handle, der naturgemäß die französischen Interessen vor den deutschen bevorzugen werde, ist absolut unhaltbar; denn einmal sitzen in ihm wahrhaftig eben so viel Schweizer, deren Muttersprache das Deutsche ist, als solche französischer oder italienischer Muttersprache. Ganz abgesehen davon aber ist der Einwand der Parteilichkeit hier absolut unzulässig, denn mit ihm kann man jedes Schiedsgericht aus der Welt schaffen.

Hat man einmal die Absicht, eine Angelegenheit einem internationalen Schiedsgerichtshof zu unterbreiten, dann hat es auch keinen Zweck, ja wirkt geradezu schädlich, wenn man das nationale Interesse in den Vordergrund stellt statt des reinen Rechtsinteresses. Wenn die Herren Mannesmann ein gutes Recht haben, so brauchen sie den Schiedspruch des internationalen Schiedsgerichts absolut nicht zu fürchten.

Wenn darüber hinaus die deutsche Regierung es durchgesetzt hat, daß das definitiv zu erlassende marokkanische Berggesetz nicht einseitig von französischer Seite bearbeitet wird, sondern unter tatkräftiger Mitwirkung von deutscher Seite, wenn darin ein Schutz der vor Erlass dieses Berggesetzes erworbenen Rechte vorgeesehen ist, so meinen wir, ist auch billigen Wünschen Rechnung getragen und das deutsche Interesse genügend gewahrt. Die Herren Mannesmann werden sich schließlich aber auch sagen müssen, daß sie auch ihre besten Konzessionen, ihren größten Besitz in einem Staat wie Marokko nur dann ausüben können, wenn hinter ihnen der tatkräftige Schutz der deutschen Regierung steht, und daß es deshalb nicht zweckmäßig ist, einen derartig heftigen Kampf gegen diese zu führen.

Die Freimüthigen würden ihrer ganzen Vergangenheit, all ihren Prinzipien untreu werden, wenn sie nicht den Standpunkt auch hier vertreten wollten, daß die beste Regelung derartiger Streitfragen die vor einem Schiedsgericht ist und daß die ungünstigste die sein würde, hier mit dem Rückfallartikel aufzustapeln und dadurch die freundschaftlichen Beziehungen zu Frankreich ohne Not wieder zu stören.

\*

### Eine offizielle Erklärung in Sachen Mannesmann.

II. Frankfurt, 11. März. Bei der gestrigen Besprechung zwischen Budgetkommissionsmitgliedern aus den verschiedenen Parteien im Auswärtigen Amt beim Staatssekretär des Auswärtigen Reichserrn v. Schön, wurde, wie die „Frkf. Ztg.“ aus Berlin meldet, es für wünschenswert erklärt, daß heute bei Beginn der Kommissionsitzung der Staatssekretär eine offizielle Erklärung abgibt, die es allen Parteien ermöglicht, auf eine weitere Besprechung der Mannesmannangelegenheit zu verzichten und den Herren Mannesmann ein nützliches Zusammenarbeiten mit der Regierung offen läßt. Es ist auch über den

Wortlaut der Erklärung eine Einigung erzielt worden, d. h. natürlich eine Einigung zwischen der Regierung und den Mitgliedern der Budgetkommission.

## Deutsches Reich.

### Die Korfureise.

(Von unserm H.-Korrespondenten.)

Berlin, 11. März.

Wenn in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ eine Reise des Kaisers nach dem Mittelmeer und ein Aufenthalt auf Korfu nicht als feststehend bezeichnet wird, so kommt man hierbei in erster Linie einer neueren Gepflogenheit nach, über Reiseabsichten des Kaisers erst dann zu sprechen, wenn hierfür die Daten vorliegen. Die Anzeigersprecherei zu deutlich dafür, daß diese Reise in Erwägung gezogen ist, und daß mit ihr ziemlich sicher gerechnet werden kann. Auf Korfu sind nämlich umfangreiche Vorbereitungen für den Empfang des Kaisers getroffen worden, weil er sein Erscheinen nach fertiger Aufstellung der Kaiserstatue zu erwarten hat. Diese Zusage ist bis jetzt noch nicht widerrufen worden. Es muß jener erwähnt werden, daß sowohl die Kaiserliche Jagd-„Hohenjoller“ als auch das Begleitgeschiff „Steiner“ Orber erhalten haben, sich nach einer Veruchsfahrt für Ende dieses Monats festler zu halten.

In gut unterrichteten Londoner Kreisen hält man zudem an der Wahrscheinlichkeit fest, daß König Eduard, der nach seinem Aufenthalt in Biarritz auf der „Victoria und Albert“ eine Mittelmeerreise plant, Gelegenheit nehmen wird, mit dem Kaiser im Mittelmeer kurz zusammenzutreffen. Schließlich sind diesen Meldungen noch die Nachrichten an, daß Kloselekt einem Reporter Parisfreunde kürzlich mitteilte, er werde Gast des Kaisers auf Korfu sein, so muß man zu der Überzeugung kommen, daß die Mittelmeerreise des Kaisers zwar geplant ist, daß sie aber den Daten nach noch nicht festgelegt ist.

### Der Nachfolger des Grafen Wedel.

Der Statthalter der Reichslande scheint erledigt zu sein. Es erhebt sich die Frage der Nachfolge. Hierzu schreibt Maximilian Harden im neuesten Heft der „Zukunft“:

Der Nachfolger? Einem Kronprinzen böte das leichte Amt gute Gelegenheit zur Einführung in die Herrscherpflicht. (Den Söhnen des Kaisers, die wohl darunter leiden, daß nur ihr Vergnügen der Nation bekannt wird, wäre eine Möglichkeit zu erster Betätigung zu wünschen.) Von dem Prinzen, der unter auffälligen Umständen den Doktorhut aus Straßburg holte, wurde gesprochen. Auch von dem Schaumburger Schwager des Kaisers und von Ernst Hohenlohe, dem Sohn des dritten Statthalters. An den Fürsten Bülow könnte gedacht werden; als verzögerter Mann, der den Verkehr mit bedeutenden Prehmächten auch aus der Ferne fleißig fortsetzt, wird er eines Tages vielleicht unbeanen. Und der Straßburger Wotter ist der einzige, den selbst ein aus dem Reichszentralamt Geförderter annehmen kann. Wer's auch wird: er muß den Mut zu deutscher Härte haben. Dem Reichsland ist Autonomie verheißen; ist jede Selbständigkeit zu gönnen, die nicht die Gemeinschaft mit Deutschlands Erben leidet und in hemmungslösen Hirnen türkischen Wunsch und Wahn aufsprießen läßt. Der dort an Kaisers Statt thronet, muß bis in die tiefste Wurzel deutsch fühlen; und den leis oder laut Protzflüsternden zugleich beweisen, daß ein harter deutscher Mensch so kultiviert sein kann wie ein Franzos. Verzeihnung? Laßt den Ruf nicht länger über die Lippe! Graf Wedel hat ihm allzu willig gelauscht. Er mindert den Respekt, verherzt schnell die Lösung, ohne die unsere Herrschaft auf morphem Gebälk ruht. Dem Franzosen haben stets nur die Köpfe imponiert, die nicht um seine Freundschaft warben.

### Gegen die Angliederung der Privatbeamtenversicherung

an die bestehende Alters- und Invalidenversicherung werden offiziös finanzielle Gründe geltend gemacht, und zwar wird darüber ausgeführt:

Der Grundbetrag der Invalidenrente wird bekanntlich nach den 100 Beiträgen der höchsten Lohnklasse berechnet. Sonach hat es der Versicherung alle in der Hand, seine Ansprüche sowohl nach dem Grundbetrag, als auch nach den Steigerungsfähigen dadurch erheblich zu verhehlen, daß er bei dem Einrücken in höhere, der Invalidität vorausgehende Lebensjahre Beiträge in der höchsten Lohnklasse zahlte. Ein solcher Lebenszug eines Versicherten in höhere Lohnklassen in vorgedachtem Alter verschlechtert aber natürlich die finanzielle Lage des Versicherungsträgers. Denn die erhöhten Beiträge werden von dem Versicherten auf diese Weise nur wenige Jahre gezahlt, während für die gesamte übrige Zeit nur die niedrigen Beiträge entrichtet werden. Hierbei findet der Grundbetrag der Invalidenrente nicht mehr jene Deckung durch die 100 höchsten Beiträge.

Würde heute von dem freiwilligen Uebertritt in höhere Lohnklassen ein festerer Gebrauch gemacht, als es tatsächlich geschieht, so läßen sich bei der gegenwärtigen Invalidenversicherung ein ungünstiger finanzieller Einfluß sich hierdurch geltend machen. Dieser Einfluß wäre aber naturgemäß noch viel härter, wenn der Invalidenversicherung neue Lohnklassen angefügt würden, wie es die Angliederung der Privatbeamtenversicherung notwendig machen würde. Es kommt weiter hinzu, daß der Kreis der Personen, der in den neuen Lohnklassen Aufnahme fände, meist mit zunehmendem Alter in höhere Lohnklassen einrückte. Dieser Personenkreis zählt also heute in der untersten Lohnklassen Beiträge und rückt in höheren Lebensjahren in die höchsten Lohnklassen ein. Hieraus würden sich unübersehbare finanzielle Schwierigkeiten für die Versicherungsträger und auch große Nachteile für die übrigen Versicherten ergeben. Unter diesen Umständen erhebt es sich nicht, die Invalidenversicherung der Privatbeamtenstellen, die in der Jugend meist in den untersten Lohnklassen Beiträge entrichten und mit steigendem Alter in die höchsten Lohnklassen einrücken, im Zusammenhang mit der Invalidenversicherung zu regeln.

Ueber die Frage, ob Angliederung an die bestehende Versicherung oder ob besondere Kasse, sind unter den Privatangehörigen selbst, wie auch unter den Parteien die Ansichten geteilt. Die Hauptfrage aber ist, daß etwas geschieht. Der Staatssekretär des Innern hat zu mittelteil, daß er jetzt einen Geheimgutur über diese Materie ausarbeiten läßt. Selbst, wenn für die Versicherung der Privatbeamten eine besondere Organisation eingerichtet werden sollte, so steht doch nichts im Wege, daß dieser Geheimgutur bereits in nächster Zeit eingebracht wird, um neben der Reichsversicherungsordnung oder gleich hinterher beraten zu werden. Hoffentlich erlischt die Vorfrage nach in der laufenden Reichstagsession das Rißt der Welt.

### Wie die Konservativen agitieren.

Aus dem Wahlkreise Oleschowitz, 2. d. Johannisburg teilt die „Königsberg. Ztg.“ mit, daß in der vorigen Woche ein großer Anzahl Lehrer, die am Freitag zu der in Johannisburg abgehaltenen konservativen Vertrauensmännerversammlung dortigen gekommen war, am Sonnabend zu einer gleichen Versammlung nach Wnd gefahren ist. Also in die Lage wurde keine Schule abgehalten oder konnte keine abgehalten werden, weil die Lehrer zu der konservativen Versammlung fahren mußten. Es ist anzunehmen, daß die Konservativen sich derartige Störungen des Schulunterrichts ohne Wissen und Willen der Schulbehörde gestatten.

Auch anderswo erhebt man jetzt wieder merkwürdige Dinge mit der konservativen Agitation. So teilt die „Wohlfahrten-Korrespondenz“ mit, daß am Tage nach der konservativen Generalversammlung in Hildesheim, wo Herr v. Hombrecht und der Laifa Herrmann über seine Getreuen hielt, auf jedem Post in Regierungsgebäude ein Beitrittsformular für den konservativen Verein gelegen habe. — Auf welche Weise ist das Schriftstück wohl dortigen gekommen.

### Wert der landwirtschaftlichen und der industriellen Produktion.

Aus Kreisen der Industrie wird uns geschrieben: Von Zeit zu Zeit gehen Mitteilungen durch die Zeitungen, welche die Produktionswerte der verschiedenen Zweige von Industrie und Landwirtschaft einander gegenüberstellen. Da wird „seitigsteht“, wie hoch der Jahreswert der deutschen Viehproduktion oder Milchproduktion oder der Kartoffelernte sich beläuft und um wieviel er die Produktion großer Industriezweige übersteigt. Dieser Satz bei den Reichstagsverhandlungen um Etat des Innern haben mehrere agrarische Redner Gelegenheit genommen, mit derartigen „statistischen Feststellungen“ zu leichtgläubigen Zwecken ihre Reden zu schmücken. U. a. führte Graf Praschma am 4. März aus:

„Es genügt der Hinweis, daß schon im Jahre 1905 der Wert der in Deutschland produzierten Milch 2600 Millionen Mark betragen hat, mehr als die ganze Textilindustrie im Jahre aufbringt.“

Wozu gründen sich derartige eindrucksvolle Behauptungen? Da statistische Angaben weder für die Milchproduktion noch für die gemauerte Produktion der deutschen Textilindustrie vorliegen, handelt es sich nur um sehr willkürliche Schätzungen. Derartige Schätzungen über den Jahreswert landwirtschaftlicher Erzeugnisse geben selbst in den Kreisen landwirtschaftlicher Sachverständiger sehr weit auseinander. Auch der Vergleich mit der Jahresproduktion der deutschen Textilindustrie hinnt sehr. Der genannte Abgeordnete dürfte in Verlegenheit kommen, wenn er die gegenwärtige Jahresproduktion der deutschen Textilindustrie beziffern sollte. Auch diese läßt sich nur schätzen. Die deutsche Textilindustrie verarbeitet jährlich für weit über eine Milliarde Mark ausländischer Rohstoffe. Dazu kommen mit sehr hohen Beträgen inländische Spinnstoffe, wie Wolle und Friaus. Die deutsche Textilindustrie beschäftigt über eine Million Menschen, die ihrerseits noch fast eine Million Angehörige ernähren. Rechnet man für die Erwerbstätigen auch nur mit dem sehr niedrig geschätzten Durchschnittsbedienstet von 700 Mark jährlich, so ergibt sich eine Jahreslohnsumme von 750 Millionen Mark. Dazu kommen die Aufwendungen für Dampfkraft, für Gebäude, Maschinen, so wie die zahlreichen anderen Betriebskosten, die insgesamt den Wert der Jahresproduktion ergeben würden. Selbst sehr niedrig geschätzte Schätzungen müßten hier einen Betrag ergeben, der denn doch einen vernünftig berechneten Wert der deutschen Milchproduktion erheblich übersteigt.

Man sollte daher in landwirtschaftlichen Kreisen mit scheinbar flüchtigen Betrachtungen etwas vorsichtiger sein. So wenig man in industriellen Kreisen dazu geneigt ist, Wert und Bedeutung der deutschen Landwirtschaft zu unterschätzen, so sehr wird man sich auch gegen eine Unterschätzung der industriellen Produktion gegenüber der landwirtschaftlichen verwahren müssen.

### Arbeiterentlassungen in Kiel.

(Wiedung unseres Berliner Bureau.)  
Kiel, 11. März.  
H. Nicht nur die kaiserliche Werk, sondern auch die Germaniawerft in Kiel steht sich zu umfangreichen Arbeiterentlassungen genötigt. Sobald das Rüstgeschäft „Rosa“ im April fertig abgeleitet wird, wird die Germaniawerft mehr als hundert Arbeiter entlassen, weil es ihr an größerer Arbeit fehlt.

Umgefahr 3000 Arbeiter der kaiserlichen Werk hielten gestern Abend eine Versammlung ab, in der mitgeteilt wurde, daß die Zahl der zur Entlassung kommenden Arbeiter weit über 500 betragen werde. Mit diesen 500 soll nur der Anfang gemacht werden. Die Veranlassung des Beschlusses, den Oberwerftdirektor und den Staatssekretär zu bitten, die Arbeitszeit von 9 auf 8 Stunden herabzusetzen, die Überstunden abzufassen und die Akkordarbeit zu beseitigen. Dann würde es möglich sein, die Entlassungen zu vermeiden.

### Warum der Plan einer amerikanischen Ausstellung vorläufig aufgegeben wurde.

Die wahren Gründe für die vorläufige Aufgabe des Planes einer amerikanischen Ausstellung in Berlin sind weder in der Besorgnis der deutschen Industrie und Geschäftswelt vor den Wirkungen einer wirtschaftlichen Inflation amerikanischer Aussteller, noch etwa in der von dem Staatssekretär des Innern abgegebenen Erklärung betreffs der Gewährung von Beihilfen aus Reichsmitteln für dieses Unternehmen zu suchen. Der eigentliche Grund für das Scheitern der Ausstellung, wie die „Zeitschrift für praktischen Maschinenbau“, die deutsche Ausgabe des „American Magazine“ erklärt, liegt vielmehr darin,

„daß die Beteiligung der amerikanischen Firmen an der Ausstellung trotz energischer Forderungen der Veranlassung ausserordentliches aufzuwenden sich verweigert haben. Die Maschinen- und besonders in der Werkzeugmaschinenindustrie war eine nennenswerte Beteiligung nicht zu verzeichnen.“

Nach vorliegenden Berichten hatte keine der großen amerikanischen Werkzeugmaschinen- und Werkzeugfabriken, die in Deutschland vertreten sind, beabsichtigt, an der Ausstellung teilzunehmen. Infolge der günstigen Konjunktur in Amerika sind die Werke derzeit voll beschäftigt und haben kein nennenswertes Interesse an verstärkter Exportbetriebsleistung. Sofern bei amerikanischen Firmen Ausstellungslust herrscht, ist diese, wie wir bestimmt erfahren können, durch die Weltausstellung in Brüssel vollkommen befriedigt. Es scheint, daß die Veranstalter der Ausstellung die Zeit unglücklich gewählt haben.“

Diese Auffassung entspricht gewiss den Tatsachen, ist doch auch die Stimmung in den amerikanischen Regierungskreisen dem Ausstellungsgedanken gegenüber nicht günstig geblieben. Wie bemerkt der Präsident des amer. in wirtsch. Ausschusses für die Berliner amerik. Ausstellung dem deutschen Botschafter in Washington dem Grafen B. von Helldorf mitgeteilt hat, ist die amerikanische Regierung bereit, im Verein mit der deutschen Regierung das Unternehmen im Auge zu behalten und nach Möglichkeit zu fördern.

## Parlamentarisches.

Die Lehrer und das Beamtenhaltungsrecht. Sehr. o. Jedlich hat mit Unterstützung der Mitglieder der freiconservativen Fraktion der Abgeordnetenversammlung ein Gesetzentwurf eingebracht, wonach die Vorschriften des Gesetzes über die Haftung des Staates und anderer Verbände für Amtspflichtverletzungen von Beamten bei Ausübung der öffentlichen Gewalt vom 1. August 1909 auch auf die Lehrer und Lehrerinnen eines Schuldverbandes, auf die Lehrerinnen der Schulsozialitäten sowie der sonstigen zur Unterhaltung von öffentlichen Unterrichtsanstalten verpflichteten Verbände und Stiftungen des öffentlichen Rechts Anwendung finden sollen.

## Parteinachrichten.

Gegen den Bund der Landwirte.  
Im Wahlkreis des Abgeordneten v. Oldenburg ist ein „Waterländischer Wahlsverein“ gegründet worden, der sich gegen die herausfordernde Interessenpolitik der jetzigen Führer des Bundes der Landwirte wendet. Dem Herrn v. Oldenburg ist es auch andere Angelegenheiten sprechen darüber — nun doch gelungen, seinen eigenen Wahlkreis zu sprengen, und man kann es wirklich den Fähigkeiten und dem besonnenen künftigen Wählern nicht verdenken, wenn sie rot werden bei dem Gedanken, daß auf die Frage: wer hat denn diesen sonderbaren Heiligen in die Parlamente geschickt? immer die Antwort folgen muß: die Industriestaat Elbing und die soliditätigen Bewohner der Glogatinerberg. Tausende der angesehensten Bürger des Wahlkreises haben sich sofort der Bewegung angeschlossen. Die Gefahr, daß das Mandat an den Sozialdemokraten fallen könnte, ist keineswegs vorhanden; vielmehr dürfte es in Stichwahlen zwischen bürgerlichen Kandidaten kommen. Die Möglichkeit aber ist vorhanden, daß Herr v. Oldenburg zum letzten Male der Abgeordnete für Elbing ist.

Dementiertes Dementi. Zu dem Empfang der sozialdemokratischen Abgeordneten Scheidemann und Südekum im auswärtigen Amt, die vom Abg. Scheidemann gefahren dementiert wurde, schreibt der „Hann. Kurier“: „Wir können, da uns die Rede Scheidemanns im Wortlaut nicht vorliegt, nicht feststellen, ob sich Scheidemann auf Nebenleistungen unserer Meldung verstellte. Nach Lage der Dinge stellen wir fest, daß der Abg. Südekum uns getrennt behält, daß der Empfang der beiden Abgeordneten stattgefunden habe.“

## Schule.

### Altersvorschrift für die Lehrerinnenprüfung.

Bei der Anmeldung zur Prüfung als Lehrerin an einer höheren oder niederen Schule mußte bis zum vorigen Jahre der Nachweis der Vollendung des neunzehnten Lebensjahres erbracht werden. Diese Bedingung ist für Bewerber durch Ministerialerlaß vom 30. November v. J. beseitigt worden. Die technischen Lehrerinnen sind dabei nicht besonders erwähnt. Es war daher fraglich, ob für diese an der alten Bestimmung festgehalten werde. Auf eine Anfrage antwortete das Kultusministerium, daß der beantragte Erlaß auf die Zulassung zur Prüfung als Sprach-, Handarbeits- und Hauswirtschaftslehrerin keine Anwendung finde, daß aber noch eine besondere Vorschrift für die betreffenden Prüfungen ergehen werde. Die Entscheidung ist jetzt erfolgt. Danach werden Damen, die beide Prüfungen nacheinander ablegen wollen, in Zukunft zur ersten bereits nach vollendetem 18. Lebensjahre zugelassen, während jedoch zum Eintritt in den öffentlichen Schuldienst noch wie vor die Vollendung des 19. Lebensjahres erforderlich ist.

Hierdurch ist die Ausgestaltung der Frauenschule klar gegeben. Die Schülerinnen treten nach dem Besuch der höheren Mädchenschule, also im allgemeinen nach vollendetem 16. Lebensjahre, in die untere Frauenklasse ein und nehmen an dem allgemeinen und vorwiegend wissenschaftlichen Unterricht teil. Im zweiten Jahr besuchen sie einen technischen Kursus, etwa zunächst den für künftige Handarbeitslehrerinnen, und legen am Schluß, also im Alter von 18 Jahren, die erste Prüfung ab. Das dritte Jahr dient der Ausbildung als Hauswirtschaftslehrerin. Am Schluß werden die meisten Schülerinnen nach dem Zeugnis für Hauswirtschaftslehreinnen die Anstellungsfähigkeit erhalten.

### Kleine politische Nachrichten.

Der Entwurf über die Zuständigkeit des Reichsgerichts ist dem Reichstage erneut in berichtigter Form zugegangen, der durch ein Versehen der Kanzlei des Reichspräsidenten der Entwurf und die Begründung in der ersten Druckfassung fehlerhaft nach einem früheren Entwurf bearbeitet wurde. Nach dem neuen Entwurf hat der Bundesrat die Befreiung der Richterzahl von 7 auf 5 in den Semestern abgelehnt; es bleibt also bei der Befreiung von 7 Richtern.

Schutz von Werken der Literatur und Kunst.  
Der Bundesrat erließte dem Entwurf des Gesetzes zur Ausführung der revidierten Berner Übereinkunft zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst seine Zustimmung.

Kein Defizit, sondern Ueberschuß.  
In München ist eine funktionelle Broschüre erschienen, in der dem bayerischen Finanzminister nachgewiesen werden soll, daß seine Behauptung, der Abfluß der vergangenen bayerischen Finanzperiode 1908/09 habe ein unerwartetes Defizit von etwa 15 Millionen Mark gebracht, auf einem Irrtum beruhe. Rentamtmanngang in Bayern, der Verfasser dieser Schrift, auf die noch eingegangen sein wird, regnet im Gegenteil einen Ueberschuß von etwa 20 Millionen Mark heraus, so daß es möglich sein werde, beim Budget für 1910/11 ohne jede Erhöhung der Steuern und der Walschlaggebühren auszukommen.

Feuerbestattung.  
Eine Kommission der preussischen Feuerbestattungsvereine, bestehend aus den Herren Sanitätsrat Dr. Müller-Hagen und Rechtsanwalt Dr. Gemünd-Röll — Schriftführer Dr. Lieberich — Duisburg war verhandelt — hatte am Donnerstag Abend in der Mitte des Innern, des Kultus und der Justiz. Sie brachte die Wünsche der Freunde der Feuerbestattung auf baldige Zulassung der fakultativen Feuerbestattung in Preußen im Wege der ministeriellen Verordnung oder der gesetzlichen Regelung zum Ausdruck. Die Minister nahmen die Ausführungen der Kommission mit großem Interesse entgegen.

Der Bund der technisch-industriellen Beamten hält am 12. und 13. März d. J. im Motzhaus in Berlin seinen 4. ordentlichen Bundeskongress ab. Auf der reichhaltigen Tagesordnung stehen u. a.: „Die Bemerkung der geistigen technischen Arbeit“, sowie „Mittelbehälter für die technischen Privatangestellten“. Diese beiden Fragen interessieren die breite Öffentlichkeit, da die geistige technische Arbeit bei der Ueberfüllung des technischen Berufs in ihrer wirtschaftlichen Bewertung so sehr herabgedrückt worden ist, daß sie vielfach in ihrer Erhaltung unter der Handarbeit rangiert. Bei dem hohen sozialen Repräsentationswert, der obenhin von technischen Privatangestellten verlangt wird, wird die Frage der Mittelbehälter zu einer Frage nach der Generalisierung des Erfindungsminutums für eine wichtige soziale Schicht unseres Volkes.

Der württembergische Verein für Mutterhaus hat nach einer Forderung über die bekannten Vorgänge im Bund für Mutterhaus das Auscheiden der bisherigen Bundesvorsitzenden als das beste Mittel zur endgültigen Lösung der Krisis erklärt und an die Berlegung des Vorstands nach Bresten die Hoffnung geknüpft, daß namentlich ein friedliches und geistliches Zusammenarbeiten besonders im Sinne des praktischen Mutterhauses erzielt werde.

Die diesjährige Konferenz der Zentralkasse für Volkswohlfahrt findet vom 6. bis 8. Juni in Braunschweig statt, und zwar auf Einladung der Herzoglichen Regierung und der Stadt Braunschweig. Auf der Tagesordnung steht als erstes Thema: „Angaben und Organisationsfragen des württembergischen Volksvereins in der Gegenwart.“ Als zweites Thema ist die Bekämpfung der Schuldliteratur auf die Tagesordnung gesetzt. Hier handelt es sich um eine kritische Prüfung und Wertung der verschiedenen bisher ergriffenen oder vorgeschlagenen Maßnahmen aus der Erkenntnis des Wesens und der Aufgabe der Bildungsarbeit heraus, sowie um die Auffstellung allgemeiner Forderungen. Ebenso wie im vorigen Jahre wird sich auch diesmal an die Tagung eine Spezialkonferenz von Jugendvereinsleitern anschließen, in der die Vereinsleiter über die augenblicklich besonders interessierende Frage der Forderung von Turnen, Spiel und Wandern in den Jugendvereinen und an der Fortbildungsschule beraten sollen.

Kein deutsch-spanischer Handelsvertrag.  
In Interessentkreisen wird jetzt vielfach angenommen, daß die spanische Regierung beschlossene, demnächst Vertragsverhandlungen mit Deutschland anzuknüpfen. Wie jedoch berichtet wird, ist eine entsprechende Anregung von spanischer Seite bisher nicht erfolgt. Es dürfte also in absehbarer Zeit nicht erfolgen, daß das jetzige spanische Kabinett in den Cortes keine Mehrheit für einen solchen Handelsvertrag mit Deutschland oder einem anderen Industriestaat besitzt.

### Heer und Flotte.

Eine kaiserliche Militärakademie in Bayern. Der bisherige Operationskursus für Militärärzte in München ist

aus Anlaß seines fünfzigjährigen Bestehens auf dem Wege der Verordnung zur Militärakademie mit dem Range einer Hochschule erhoben worden.

## Musland.

### Zum Code Inegers.

„# Luegers Leiche wurde gestern zu Wien in der Hofkapelle des Rathauses aufgebahrt. Von heute früh an erhält das Publikum Zutritt zu dem Saale. Eine Kommission des Stadt- und Gemeinderats wird zur besonderen Erörterung des verstorbenen Bürgermeisters folgende Punkte stellen: Errichtung eines Lueger-Denkmal am todten Rathause, Ummauerung der Bogenstraße in Dr. Karl Luegers Straße, Benennung der neu zu erbauenden Dombaustraße als Dr. Karl Luegersstraße u. s. w. Die Kommission schlägt die Zahl der bei dem bevorstehenden Leichenbegängnis beteiligten Personen auf ca. eine Million. Folgt wird zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung kommandiert werden. — Der deutsche Botschafter von Tschirschky erschien gestern im Rathause, um anlässlich des Hinscheidens des Bürgermeisters sein Beileid auszubringen. Er teilte gleichzeitig mit, daß er von Kaiser Wilhelm beauftragt sei, diesen bei der Leichenfeier zu vertreten.“

Wien, 11. März. An der Leiche Luegers hatten heute ab die Chazierten der katholischen Studentenverbindungen, die Deutschmeisterhörschulen und das Wiener Schützengruppenkorps die Ehrenwache. Als Sterbegelde für den Bürgermeister wurde in der Stefanstraße die „Pummerin“ gekauft, eine Riesenglocke, die aus dem Erben der bei der zweiten Türkenbelagerung Wiens 1683 erworbenen kirchlichen Kanonen gegossen ist. Die Glocke wird nur beim Tod von Kardinalen und Mitgliedern des kaiserlichen Hofes geläutet. Das ganze Jahr über ist sie sonst außer Gebrauch, da sie so gewaltig ist, daß man sonst ihre Erschütterungen eine Gefahr für den Turm der Kirche befürchtet. Gestern nachmittag hatte Bürgermeister Hierhammer die Vertreter der Wiener Blätter im Rathause eingeladen, von denen Bürgermeister Wölfling zu nehmen. Er führte die Journalisten in das fast primitiv eingerichtete Sterbegemach. Die Trauergeräte waren erschüttert über die furchtbare Veränderung, die der Tod in dem markanten Gesichtsausdruck des Luegers hervorgerufen hat. Zu Säulen des Toten liegt ein Krugglas, das mit einem verglitzten Kranz geschmückt ist. Es ist der Hochzeitskrug der Mutter Dr. Luegers, den der Bürgermeister getrunken als Reliquie aufbewahrt.

### Die Millionenerntschleife des Liquidators.

— Nach dem in Frankreich bestehenden Gesetze über Rechte und Pflichten der Ministerialbeamten können Dutz die Eigenschaften einer Amtsperson nicht zugeprochen werden. Infolgedessen entzieht sich sein verbrecherisches Gebahren der Sühne durch das Schwurgericht, in dessen Kompetenz nur die von Notaren, Prokuratoren, Wechselmaklern und Gerichtsvollziehern beanagten Verurteilungen fallen. Diese fonderbare Gesetzeslücke, derzufolge die über Millionen verfügbaren Liquidatoren nur als bevorrechtigte Privatpersonen anzusehen sind, obwohl sie für die Rettung des Staates die wichtigsten Geschäfte abwickeln, wird man jetzt ausfüllen suchen. Aber Dutz profitiert noch vom Buchstaben des Gesetzes und kommt vor das Polizeigericht. Die erneuerten Forderungen sind Dutz und seinen Angehörigen seitigen keine nennenswerten Ergebnisse. Der beim Hause des Millionendankmandanten lammette sich, während die Hausung vorgenommen wurde, eine dreifache Menge an Man erwartet für heute eine bewegte Kammerung infolge der Interpellation des Abgeordneten Jaurès.

### Die Tyrannei der orichischen Militärliiga.

— Die Nachrichten, die in den letzten Tagen aus Griechenland eingetroffen sind, haben deutlich erkennen lassen, daß auch das erst seit kurzer Zeit am Ruder befindliche Ministerium Dragumis an den alten Schwierigkeiten und dem Militärverband zu scheitern droht. Die Offiziersvereinigung fordert mit unerhittlichem Nachdruck die schnellste Durchführung der von ihr für nötig gehaltenen Reformen, so z. B. die Entzignung einer Zahl heillos falliger Großgrundbesitzer, um deren Land an die Bauern zu verteilen, das Kabinett Dragumis dagegen sieht sich wie alle seine Vorgänger angehalten, die Forderungen zu erfüllen, weil es an Geld fehlt und militärische Dinge sich nicht über Nacht brechen lassen. Nicht nur die Militärliiga, die die Kräfte in Händen hat, nicht nach, so muß das Kabinett abtreten, und die Krisis ist wieder in alter Stärke da.

Im Militärbund hat in letzter Zeit die Zahl der Gegner der Auflösung des Bundes stark zugenommen. Der Einfluss von Jorbas ist bedeutend zurückgegangen. Der Ausdruck dieser Tatsache ist die Wille der Bundes, deren Erfüllung größtenteils unmöglich ist. Die Lage ist sehr bedenklich. Die Truppen haben keinen Verbandsgeist. Man hofft, daß die Regierung noch einen Ausweg aus der Verwicklung finden wird; wenn nicht, ist ihre Abtötung und Ertöschung durch Benellos wahrhaftig.

### Sturmische Szenen in Korkka.

In Ajaccio (Korsika) haben sich gestern Abend außerordentlich heftige Zwischenfälle ereignet, bei denen Revolutionäre sich gegen den erregten Volksmenge abgeben wurden. Ueber die Ursachen der Unruhen wird folgendes bekannt: Eine große Volksmenge wohnte einer Truppenparade bei. Dabei wurde eine Truppenkolonne durch das Bordieren von Zivilpersonen unterbrochen. Der Offizier verlor sich mehrmals vergeblich, die Menge zu rüddrängen. Schließlich ließ er erregt: „Man kann doch nicht diesen erbärmlichen Kolaten nichts machen!“ Diese Verurteilung vorbereitete sich ungeheuer schnell und brachte die Volksmenge in große Wut.

Um 7 Uhr abends organisierte die Bevölkerung eine Kundgebung. Umgefahr 10 000 Personen durchzogen die Straßen der Stadt und riefen: „Es lebe Korkka, nieder mit dem Kommandanten!“ Das Gesandte des Kommandanten war militärisch bewacht. Aus der Mitte der erregten Volksmenge wurde plötzlich gegen



